

Droht dem Kapitalismus die "asiatische Grippe"?

Autor(en): **Schöttli, Urs W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165884>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Urs W. Schöttli

DROHT DEM KAPITALISMUS DIE «ASIATISCHE GRIPPE»?

Noch ist es zu früh, die vollen Konsequenzen der südost- und ostasiatischen Wachstumskrisen für die Weltwirtschaft abzuschätzen. Fest steht, dass über kurz oder lang auch das Wirtschaftswachstum in Europa und Amerika in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Der Welt droht wieder einmal eine Welle von Protektionismus und Interventionismus.

«Die Frage lautet nicht, ob ein Erdbeben kommen wird. Es wird kommen. Die einzige Frage ist wann, und ob es als ein einziger grosser Schock oder als eine Reihe kleinerer Beben, die weniger Schaden anrichten, kommen wird. Aber wenn die Verhältnisse für so lange Bestand gehabt haben und nichts geschehen ist, beginnen die Menschen zu glauben, dass es möglich sei, der ökonomischen Schwerkraft auf immer zu trotzen.» Was Lester Thurow in seinem Buch «The Future of Capitalism» 1995 prophezeite, ist im zweiten Halbjahr 1997 in Südost- und Ostasien mit wachsender Wucht und zunehmender geographischer Breitenwirkung eingetreten. Und das Erdbeben ist noch lange nicht vorbei. Niemand weiss allerdings, ob wir uns bereits in der Phase der Nachbeben befinden oder ob der grosse Knall erst noch bevorsteht.

Die Ursachen

Wer seinen Marx nicht anderen Modetrends geopfert hat, mag in diesen bewegten Zeiten hoffen, der Kapitalismus hole sich an der «asiatischen Grippe» nicht nur eine Erkältung, sondern eine tödliche Lungenentzündung. Für ihn steht fest, dass die Krise der unersättlichen Raffgier des Menschen entsprungen ist und einmal mehr das Versagen des Marktes unter Beweis stellt. An der Globalisierung und Deregulierung werde der Kapitalismus zugrunde gehen. Der Sturz der Welt in eine Weltwirtschaftskrise sei unvermeidbar.

Fest steht: Was seit mehreren Monaten Asien erschüttert und über Nacht die meisten der asiatischen «Tiger» von vorbildhaft aggressiven und beneidenswert erfolgreichen Raubkatzen zu kastrierten Hauskatern hat werden lassen, ist weder ein Naturereignis noch eine göttliche Strafe, sondern reines Menschenwerk. Wie andere Fehler auch lassen sich auch die in der asiatischen Wachstumseuphorie der letzten zehn Jahre eingetretenen Fehlentwicklungen speditiv und wirksam nur dann korrigieren, wenn deren Ursachen schonungslos und ohne ideologische Scheuklappen blossgelegt werden.

Drei Krisen kamen zusammen und verstärkten sich gegenseitig. Als *erstes* wurden kurzfristige Kredite für langfristige Investitionen aufgenommen; als *zweites* erfolgte die Aufnahme eines Grossteils dieser Kredite in Fremdwährung, vornehmlich US-Dollar und Yen, während die Erträge der Investitionen in der heimischen Währung anfielen; als *drittes* wurde in Projekte investiert, deren wirtschaftliche Ertragsfähigkeit immer fraglicher wurde, wodurch Kreditgeber sich in wachsender Gefahr wähnten, ohne Gegenwerte sitzengelassen zu werden. Das Schulbeispiel war wohl der thailändische Investor, der zur Finanzierung eines Shopping-Centers in Bangkok kurzfristige Kredite in US-Dollar aufnahm. Alle Faktoren in diesem Projekt mögen sorgfältig in Rechnung gestellt worden sein, ausser, dass man den verhängnisvollen Fehler beging, den Wechselkurs zwischen dem thailändischen Baht und dem US-Dollar als auf alle Zeiten fest hinzunehmen. In Asien gibt es jedoch ausser dem *peg*, der Bindung des Hongkong-Dollar an den US-Dollar im Rahmen eines *currency board systems*, keinen Fall, in dem die lokale Währung in einem fixen Wechselkursverhältnis zum US-Dollar steht.

Die Sache hätte trotz riskanter Investitionspraxis und trotz wachsender Überkapazitäten auf dem Markt für Luxuswohnungen und Luxusgeschäftsliegenschaften gut gehen können, wären da nicht zwei externe Entwicklungen gewesen, über welche die abgestraften «Tiger» keine Kontrolle haben konnten – der Fall des Yen gegenüber dem US-Dollar und die Abwertung des chinesischen Yuan. Die von der japanischen Regierung zwecks exportstimuliertem Wirtschaftswachstum willkommen geheissene Abwertung des Yen hatte in den letzten Jahren zur Folge, dass die in einer informellen Bindung an den US-Dollar stehenden Währungen der südostasiatischen «Tiger» ebenfalls kräftig aufgewertet wurden. Gleichzeitig trat China mit seiner Politik des exportgetriebenen Wachstums, deren logische Prämisse die 1994 erfolgte Abwertung des Yuan war, immer erfolgreicher

als Konkurrent auf den Exportmärkten der «Tiger» auf. Nicht zuletzt auch wegen eskalierender Importe westlicher Luxuskonsumgüter konnte der Wechsel von einst gesunden Ausführüberschüssen zu einem Aussenhandelsbilanzdefizit nurmehr eine Frage der Zeit sein. Es waren schliesslich die anhaltend hohen Zahlungsbilanzdefizite – zusätzlich stimuliert durch häufig pharaonische Prestigeprojekte –, die zu Beginn des letzten Jahres die Alarmglocken läuten liessen.

Krisenbewältigung durch Wettbewerb

Den einfachsten Ausweg aus der Krise glaubten in der ersten Stunde jene gefunden zu haben, die das ganze Übel bei den internationalen Spekulanten ausmachten. Sobald diesen das Handwerk gelegt sei, so die zweifelhafte Vermutung, würde Ruhe einkehren. Im Herbst hatte Malaysias Premier *Mahathir* zur Jagd auf Spekulanten wie etwa *Soros* geblasen. Der Handel mit Währungen wurde als amoralisch verteufelt. Hier werde auf dem Rücken der realen Wirtschaft, die Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze schaffe, aus Geld Geld gemacht. Der Reichtum ganzer Nationen werde auf dem Altar einer Globalisierung geopfert, die letztlich nur jenen diene, die Milliarden um den Erdball schicken können. Seither ist es um die Attacken auf vaterlandslose Kapitalisten und ihre Handlanger etwas stiller geworden, doch kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass, sobald die sozialen Kosten der Krisen in der Form von Wohlstandseinbussen, Firmenschliessungen und Massenarbeitslosigkeit manifest werden, die Hatz wieder losgeht.

Bei einer abgeklärteren Beurteilung des Krisenverlaufs muss einsichtig werden, dass der Zerfall der Währungen, der im Falle Indonesiens auch nicht durch das Beistandspaket des Internationalen Währungsfonds (IMF) und Reformversprechen der Regierung aufgehalten werden konnte, primär nicht das Werk internationaler Spekulanten ist. Die Menschen in den betroffenen Ländern hatten schlicht und einfach das Vertrauen in ihre eigenen Währungen, ihre eigenen Banken und Behörden verloren und suchten, ihr Ersparnis in der amerikanischen Währung zu sichern. Diese Tatsache, die dem Nationalstolz der Eliten in den krisengeschüttelten Ländern natürlich weh tun muss, anzuerkennen, ist der unvermeidliche erste Schritt zur Bewältigung der Krise.

Die Wiederherstellung von Vertrauen gehört zu den schwierigsten Herausforderungen jeder Regierung. In Ost- und Südostasien ist sie durch die langjährige Tradition der Verschleierung besonders schwierig. Die in besseren Zeiten vielbeschworenen «asiatischen Werte» enthüllten bei näherem Zusehen nur eine Besonderheit gegenüber der industrialisierten westlichen Welt: die Grossfamilie, der Klan. Während diese Institution sozialpolitisch von grossem Wert sein mag, hat sie für

die Wirtschaft verheerende Folgen. In am Klan orientierten Gesellschaften dominieren an der Stelle von Wettbewerb und Leistung das Geflecht familiärer Beziehungen, Nepotismus und Kungelei.

Während die sozialen Sekundärwirkungen der Krise populistischen Versuchungen wie Fremdenfeindlichkeit und ökonomischem Hurratriotismus neuen Auftrieb geben werden, erfordert eine nachhaltige Überwindung der Krise paradoxerweise eine drastische Öffnung der asiatischen Märkte, insbesondere auch im finanziellen Bereich und bei den Besitzstrukturen. Solche Remeduren gehören auch zu den Bedingungen, unter denen der IMF Thailand, Indonesien und Südkorea Beistand gewährt hat. Auf den ersten Blick erscheint vielen plausibel, dass hinter diesen Öffnungsbegehren nur die Absicht rücksichtsloser ausländischer Investoren steht, in Asien, nachdem sie die Börse und die Währungen ins Bodenlose gedrückt haben, auf eine spottbillige Einkaufstour zu gehen. In Tat und Wahrheit ist eine stärkere internationale Präsenz in der asiatischen Finanzindustrie und in den asiatischen Unternehmen gerade im Interesse der lokalen Konsumenten und Arbeitnehmer. Es waren nicht westliche Banken und multinationale Unternehmen, sondern die einheimische Unternehmenskultur, bekannt als *Chaebol*, die – gegen jeden externen Wettbewerb abgeschottet – Südkorea in den Ruin getrieben hat. Einmal mehr liegt auch hier die Lösung nicht in neuen Regelmechanismen, die stets nur der Wahrung des Besitzstandes dienen, sondern in der radikalen Öffnung, die den innovativen, risikobereiten und letztlich auch neuen Reichtum und neue Arbeitsplätze schaffenden Kräften neuen Spielraum gibt.

Fazit

Droht dem Kapitalismus die «asiatische Grippe»? Die Antwort auf diese Frage hat zwei Seiten. Bejaht werden muss sie, wenn die Krisenbewältigung in die Tiefen politischer Populismen absinkt und unfähige oder panikanfällige Eliten ordnungspolitisch Öl ins Feuer giessen, das heisst die Krankheit, mangelnde Transparenz und ungenügendes Funktionieren der Märkte, mit neuen Regulierungsspritzen bekämpfen wollen. Verneint werden kann die Frage, wenn ökonomischer Sachverstand und vor allem Zivilcourage die Oberhand gewinnen. Erfahrungen aus der Vergangenheit lehren, dass die Weltwirtschaft derzeit auf dünnem Eis geht. ♦

.....

Urs W. Schöttli ist 1948 in Basel geboren. Philosophiestudium in Basel. Von 1978 bis 1982 Generalsekretär und von 1983 bis 1994 Geschäftsführender Vizepräsident der Liberalen Internationalen. 1983 bis 1990 Südasienkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Delhi. 1990 bis 1995 Berater der Friedrich-Nauermann-Stiftung in Spanien und Portugal. Seit November 1995 Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Hongkong.